

Gewerkschaftliche Monatshefte

Herausgegeben vom Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes

VIERZEHNTE JAHR
APRIL 1963

4

PAUL SCHALLÜCK

Die Regierung ist nicht der Staat

Prof. Dr. Dr. *Helmut Thielicke* sagte kürzlich im Lichthof der Münchener Universität, als man am zwanzigsten Jahrestag der Hinrichtung der *Geschwister Scholl* durch die Nationalsozialisten gedachte, damals sei der totale Staat als Gegner der Freiheit aufgetreten, heute dagegen müsse man vielleicht den Staat vor der „zügellosten Freiheit entfesselter Gruppen“ in Schutz nehmen (FAZ vom 23. Februar 1963).

Ich schrieb daraufhin in einem Leserbrief der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 1. März 1963 unter anderem: „Wann begreifen Leute wie Herr Thielicke, daß die Zeit vorbei ist, da sich eine Regierung mit dem Staat gleichsetzen konnte. Auch dagegen haben die Geschwister Scholl revoltiert. Die Gleichsetzung, die der gegenwärtigen Regierung zupaß kommen mag, zeugt von politischer Unbedarftheit oder machtpolitischer Blindheit. Jedenfalls versucht sie, die Freiheit des Grundrechts zum Schaden des Staates, der Demokratie zu beschneiden. Eine Regierung ist nicht der Staat und nicht die Demokratie.“

Und Prof. Thielicke antwortete am 6. März in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* unter anderem: „Ich habe genau das Gegenteil gesagt. In Wirklichkeit war es so: Ich habe bestimmte Bonner Ereignisse aufgegriffen und es gerade bemängelt, daß man in der Öffentlichkeit eine politische Krise zur Staatskrise hochgespielt habe, daß also zwischen Staat und Regierung nicht differenziert worden sei.“

So weit, so gut, was die bestimmten Bonner Ereignisse, wahrscheinlich rund um den *Spiegel*, betrifft. Diese Meinung Prof. Thielickes wäre akzeptabel, und ich befände mich in der Situation, meinen Angriff gegen ihn zurückzublasen, mich also in gebührender Form zu entschuldigen. Ich würde vor einer Entschuldigung nicht zurückschrecken, würde also einen Fehler offen zugestehen, wenn ich nur auch gebührend überzeugt worden wäre. Das aber bin ich nicht. Denn noch immer stolpere ich über den Satz, daß unser Staat vor der „zügellosten Freiheit entfesselter Gruppen“ in Schutz genommen werden müßte. Prof. Thielicke hat diesen Satz nicht dementiert; er drückt also seine Meinung aus. Außerdem hat er sich ja nicht zum ersten Male auf einem geschmückten Podium ähnlich vernehmen lassen. Und er ist auch keineswegs der einzige, der mit sol-

chen Redensarten nicht etwa, wie es den Anschein haben mag, den Staat schützen, wohl aber die kritische Haltung und Äußerung einiger Gruppen und Einzelpersonen in unserm Lande, ihre freie Meinungsäußerung also, unterbinden, zum Schweigen bringen möchte.

Wo denn und wann denn ist dieser unser Staat, die Demokratie, die Bundesrepublik Deutschland, von der „zügellose Freiheit entfesselter Gruppen“ bedroht worden?

Es gibt in diesem Lande neofaschistische, neu-nationalsozialistische Vereinigungen, Verbände, Jugendgruppen. Man kennt sie beim Namen, kennt ihre Programme und Ziele, ihre Druckschriften, Bücher, Tagungen und Sitzungen. Es ist eines ihrer Ziele — wenngleich sie es verneinen, verschweigen, mehr oder weniger verklausulieren —, das Parlament und die demokratische Staatsform abzuschaffen und sie wieder einmal durch einen Führerstaat — das Wort vermeiden sie tunlichst — zu ersetzen. Man beobachtet sie offiziell. Man versichert uns von Zeit zu Zeit in schöner Regelmäßigkeit, sie seien ungefährlich, weil sie bedeutungslos seien; sie seien bedeutungslos, da sie ja nirgendwo im Lande Wahlen zu gewinnen und folglich auch keine politische Rolle zu spielen vermöchten. Man toleriert sie, obgleich es ein Gesetz gibt, wonach Vereinigungen mit antidemokratischer Grundhaltung verboten werden können. Man toleriert sie, obgleich schon einmal eine deutsche Demokratie zu Bruch ging, weil man einen antidemokratischen Gegner unterschätzte und tolerierte. Man verschweigt, daß auch eine nicht eben zahlreiche antidemokratische Gruppe einflußreich sein kann. Diese neofaschistischen Gruppen hat Prof. Thielicke und diejenigen, die reden wie er, mit den „entfesselten Gruppen“ *nicht* gemeint.

Es gibt in unserem Lande außerdem noch ein paar alte oder neue Kommunisten. Auch ihnen ist die parlamentarische Demokratie eine Regierungsform, die sie abschaffen, die sie durch die Diktatur des Proletariats ersetzen möchten. Die Kommunistische Partei ist in der Bundesrepublik verboten worden. Die Kommunisten können sich also nur im Untergrund und getarnt der Freiheit bedienen. Solchermaßen behindert, kann ihre Freiheit schwerlich zu einer „zügellosen“ werden. Auch die Kommunisten können Thielicke und diejenigen, die reden wie er, *nicht* im Auge haben, wenn sie von „entfesselten Gruppen“ sprechen.

Wer aber ist gemeint? Wo ist die zügellose Freiheit, wo sind die entfesselten Gruppen zu finden, die unsern Staat bedrohen, so daß er in Schutz genommen werden muß? Sind nicht doch einige kritische Gruppen gemeint: die Schriftsteller-„Gruppe 47“, Mitarbeiterstäbe der Fernseh- und Rundfunkanstalten, Redaktionen einiger Zeitungen, einige Einzelpersonen, die allesamt weder neofaschistisch, noch kommunistisch, noch allgemein antidemokratisch genannt werden können? Sind nicht doch diejenigen Gruppen und Einzelpersonen gemeint, die man schon, leicht diffamierend, „links“ und „Links-Intellektuelle“ zu nennen sich angewöhnt hat?

Sie haben in den letzten Jahren, vor allem in den letzten Monaten, einiges an Kritik, zum Teil an heftiger Kritik, der Öffentlichkeit übergeben. Aber haben sie jemals den Staat selbst, die Staatsform, die Einrichtung des demokratischen Parlaments, die Demokratie, die Bundesrepublik als solche kritisiert? Mehr noch: haben sie jemals die politische Form, die wir uns nach dem verlorenen Kriege gewählt haben, angegriffen, abgelehnt, bedroht, so daß sich jemand bemüßigt fühlen müßte, den Staat vor ihnen in Schutz zu nehmen? Selbst der so oft befehdeten „Gruppe 47“, die mit einem Manifest zur *Spiegel*-Affäre angeblich zum Landesverrat aufgefordert haben soll, hat der Generalstaatsanwalt beim Westberliner Landgericht bestätigt, daß in dem Manifest nicht zum Landesverrat aufgefordert wurde.

Ich behaupte also, diese und andere Gruppen und Einzelpersonen, die weder Neofaschisten noch Kommunisten sind, kritisieren und bedrohen nicht den Staat. Wenn diese

Behauptung falsch ist, mögen Thielicke und diejenigen, die reden wie er, Beweise vorlegen, die sie erschüttern. Bislang hat man auf Beweise verzichtet. Auf Beweise kommt es ja bei der Redensart von der „zügellosen Freiheit entfesselter Gruppen“ nicht an! Beweise und Sachlichkeit verlangen diejenigen, die so reden, meistens nur, wenn sie sich selbst angegriffen fühlen. Lieber arbeiten sie mit Unterstellungen — irgend etwas wird schon hängenbleiben; mit unfairen Mitteln also.

Die Gruppen, die nach Meinung Thielickes und derer, die reden wie er, entfesselt sind und sich zügellos der Freiheit bedienen, haben, wie gesagt, in den letzten Jahren manches an Kritik vorgebracht. Was aber haben sie kritisiert? Nicht den Staat, sondern Mißstände in diesem Lande, die es bei uns gibt wie in jedem anderen Lande; einige Mitglieder der gegenwärtigen Regierung (zum Beispiel den früheren Verteidigungsminister *Strauß*); einige Methoden der Regierungsführung (zum Beispiel die Verächtlichmachung der Opposition); einige Auffassungen der augenblicklichen Regierung (zum Beispiel die atomare Ausrüstung der Bundeswehr). Es ist verständlich, daß die derart Kritisierten sich der Kritik erwehren möchten. Sie haben ein Recht, den Kritikern zu antworten, sich zu verteidigen, richtigzustellen, wenn sie glauben, zu Unrecht angegriffen worden zu sein. Aber sie haben *kein* Recht, die Kritik an der Regierung, an einigen Regierungsmitgliedern, einigen Maßnahmen, einigen Auffassungen derart zu verfälschen, daß der nicht eben gut informierte Zeitgenosse annehmen muß, nicht eine vorübergehende Regierung sei kritisiert worden, sondern der Staat. Sie haben *kein* Recht, die gegenwärtige Regierung mit dem Staat gleichzusetzen. Sie haben *kein* Recht, die Kritiker „Dummköpfe“ zu schimpfen oder kommunistische Handlanger oder „trojanische Esel“, die unwissentlich die Geschäfte des Kommunismus betreiben. Das aber ist in den letzten Jahren nicht nur einmal geschehen. Ich erinnere nur an die *Göttinger Professoren*, die gegen die atomare Ausrüstung der Bundeswehr protestierten, wofür sie vom amtierenden *Bundeskanzler* „Dummköpfe“ genannt wurden!

Warum haben die Kritisierten und ihre Freunde zu solchen Manipulationen kein Recht? Gehört es denn nicht zum politischen Spiel in einer Demokratie, sich seines Gegners zu erwehren? Und ist es nicht eben doch verständlich, daß bei diesem Spiel, das ja kein Kinderspiel ist, sondern ein Kampf um die Macht und die Regierungsgewalt, mit harten Bandagen und einigen Kunstgriffen gearbeitet werden muß?

Ich glaube nicht. Was geschieht, wenn man die Kritik an einer Regierung zur Kritik am Staate selbst hochspielt oder verfälscht, ist nichts mehr und nichts weniger als der Beginn, politische Kritik überhaupt unmöglich zu machen, indem man sie diffamiert, indem man sie beispielsweise „zügellose Freiheit“ nennt. *Die politische Kritik ist ein wesentliches Element jeder Demokratie*. Die Freiheit der Kritik darf erst dann zügellos genannt werden, wenn Kritiker unsachlich werden, wenn sie den Kritisierten verleumdern, wenn es sich also gar nicht mehr um Kritik im Sinne des Wortes handelt, sondern um Beleidigung, die dem Strafgesetz unterliegt. Die Gefahr für unsere Freiheit hat in historisch überschaubaren Zeiten fast nie darin bestanden, daß man sich ihrer zu sehr, fast immer darin, daß man sich ihrer zuwenig bediente. Die Weimarer Demokratie ist nicht an ihren Kritikern zugrunde gegangen, sondern an den Blinden, die den antidemokratischen Gegner tolerierten, daran also, daß man sich in entscheidenden Augenblicken zuwenig der verbürgten Freiheiten bediente, daran, daß man beispielsweise im Ermächtigungsgesetz auf notwendige Freiheiten verzichtete.

Die Freiheit der Kritik ist dem Bundesbürger im Grundgesetz nicht nur aus einer humanitären Regung verbrieft worden, sondern vor allem, weil ohne Kritik die parlamentarische Demokratie nicht funktionieren kann, weil eine Regierung, die ja auch aus fehlbaren Menschen besteht, manchmal den politischen Dingen zu nahesteht, um sie ganz überblicken und sie ausreichend beurteilen zu können; weil jede demokratische Regierung der kritisierenden Opposition als eines notwendigen Korrektivums bedarf.

Da aber auch die Opposition oft genug den politischen Dingen zu nahe steht, da auch eine Opposition manchmal parteitaktischen Bedingungen unterliegt, muß es in einer Demokratie zudem noch die außerparlamentarische, die öffentliche Kritik der Rundfunk- und Fernsehanstalten, der Zeitungen und Zeitschriften geben, die nicht nur zu berichten, sondern auch zu analysieren, zu diagnostizieren, eben zu kritisieren haben. Kritik ist in einer Demokratie nicht die Befriedigung einer destruktiven Lust, sondern eine höchst wichtige, höchst notwendige politische Einrichtung.

Wo aber Kritik an der Regierung als „zügellose Freiheit entfesselter Gruppen“, wo Kritik überhaupt solchermaßen diffamiert wird, da setzt man Regierung und Staat gleich, da möchte sich jemand vor der Kritik schützen, indem er ihr den Mund verbietet, da beginnt die Demokratie abzusterben, da hört die Demokratie auf, eine Staatsform freiheitlicher und freiheitsbewußter Menschen zu sein.

Wer regieren will, muß sich in einem demokratischen Staat Kritik gefallen lassen. Wer Kritik „zügellose Freiheit“ und Kritiker „entfesselte Gruppen“ nennt, der möchte, daß wir auf Freiheiten, die notwendig sind, verzichten, um einer Regierung hörig zu dienen. Unser Staat ist nicht total. Aber wenn es nach den Gegnern einer demokratischen, auch einer heftigen Kritik ginge, wäre bald unsere Regierung total.

Die Regierung ist nicht der Staat, das muß mit allem Nachdruck immer wieder betont werden, je länger die gegenwärtige Regierung im Amt ist, der es offenbar angenehm ist — aber es sollte ihr nicht angenehm sein —, daß sie von ihren Wählern mehr und mehr mit dem Staat verwechselt wird (freilich hat sie auch einiges dazu getan, daß es zu solchen Verwechslungen kommt).

Die Regierung ist nicht der Staat; aber jede Regierung wird auch deshalb gewählt, damit sie den Staat, die Demokratie *mit allen ihren Freiheiten* schütze.